

Nepal im Ausnahmezustand

Karl-Heinz Krämer

Die Hoffnungen auf eine Ende der blutigen Auseinandersetzungen zwischen den aufständischen Maoisten und dem nepalischen Staat, die nach dem Amtsantritt Premierminister Deubas und der Einleitung eines Dialogs aufkeimten, wurden am 23. November 2001 jäh zerschlagen, als die Maoisten ihrerseits den Dialog aufkündigten und die Anschläge gegen staatliche Einrichtungen, erstmals auch gegen militärische, wiederaufnahmen. Innerhalb weniger Tage gab es hunderte von Toten. Die Antwort des Staates war die Ausrufung des landesweiten Ausnahmezustands, die Aussetzung zahlreicher Grundrechte und die Mobilisierung der Armee. Die Maoisten erklärte man offiziell zu Terroristen, auf die man fortan eine gnadenlose Jagd einleitete. Im Gegensatz zur Polizei wirkte die Armee zunächst den maoistischen Kräften deutlich überlegen. Doch vier Monate später ist klar, die Sicherheitskräfte können die Maoisten nicht militärisch besiegen. Auf der Strecke bleiben lediglich Demokratie und Menschenrechte. Gleichzeitig steht das Land auch wirtschaftlich zunehmend vor dem Ruin. Mit dem Ausbleiben der Touristen ist die wichtigste Wirtschaftsquelle fast völlig versiegt.

Behinderung der Regierungspolitik

Die Einleitung des Dialogs mit den Maoisten war nur einer von zahlreichen positiven Ansätzen, mit denen Sher Bahadur Deuba in geradezu stürmischer Weise im Juli 2001 seine Amtsgeschäfte aufnahm. Mit vielen seiner Reformansätze rührte er an den Grundlagen der traditionellen nepalischen Gesellschaftshierarchie. Rasch blies ihm ein Sturm der Entrüstung aus dem konservativen Lager entgegen. Es wurde deutlich, daß selbst seine eigene Regierungspartei, der *Nepali Congress*, in dieser Hinsicht zutiefst gespalten war, sicherlich auch eine Folge der Politik dieser Partei in den ersten Jahren der Nach-Panchayat-Zeit. Zeitweise schien es, als hätte Deuba mehr Unterstützung seitens der linken Parteien als seitens seines *Nepali Congress*.

Deutlich wurde aber auch erneut das unverbesserliche Machtgerangel in dieser Partei. Wer geglaubt hatte, der fast 80jährige Girija Prasad Koirala habe die Zeichen der Zeit erkannt und die Macht endgültig in die Hände einer jüngeren Generation gelegt, sah sich getäuscht. Koirala nutzte sein Amt als Parteivorsitzender, das mit einer

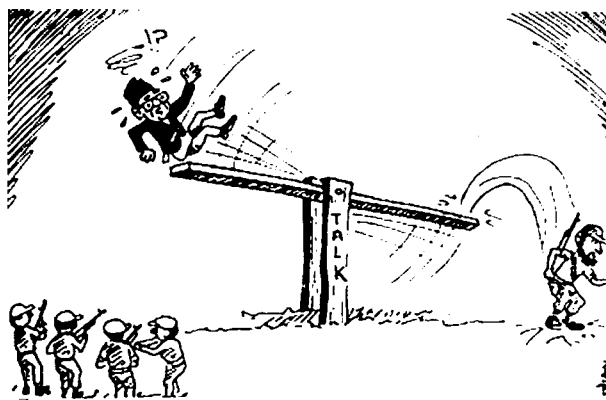
undemokratisch anmutenden Machtfülle ausgestattet ist, erneut, um Deuba das Leben so schwer wie möglich zu machen; offen ließ er erkennen, daß er wieder Premierminister werden möchte. Als Folge war die Politik des *Nepali Congress* zum Teil der Regierungspolitik entgegengesetzt.

Aufgrund dieser Schwächung der Deuba-Regierung durch die eigene Partei sah sich der Premierminister zur Rücknahme zahlreicher positiver Ansätze gezwungen; das Ende der rigoros eingeleiteten Landreform und das klägliche Scheitern einer

Regierung mit 41 Personen war eine Folge der konträren Parteipolitik (inzwischen sind zwei Minister wegen massiver Korruptionsvorwürfe zurückgetreten). Wieder wurde deutlich, daß es den Politikern nur um persönliche Macht und Einfluß und nicht um das Wohl des Landes ging; der Ministerrat mußte aufgebauscht werden, wenn die Regierung überleben wollte.

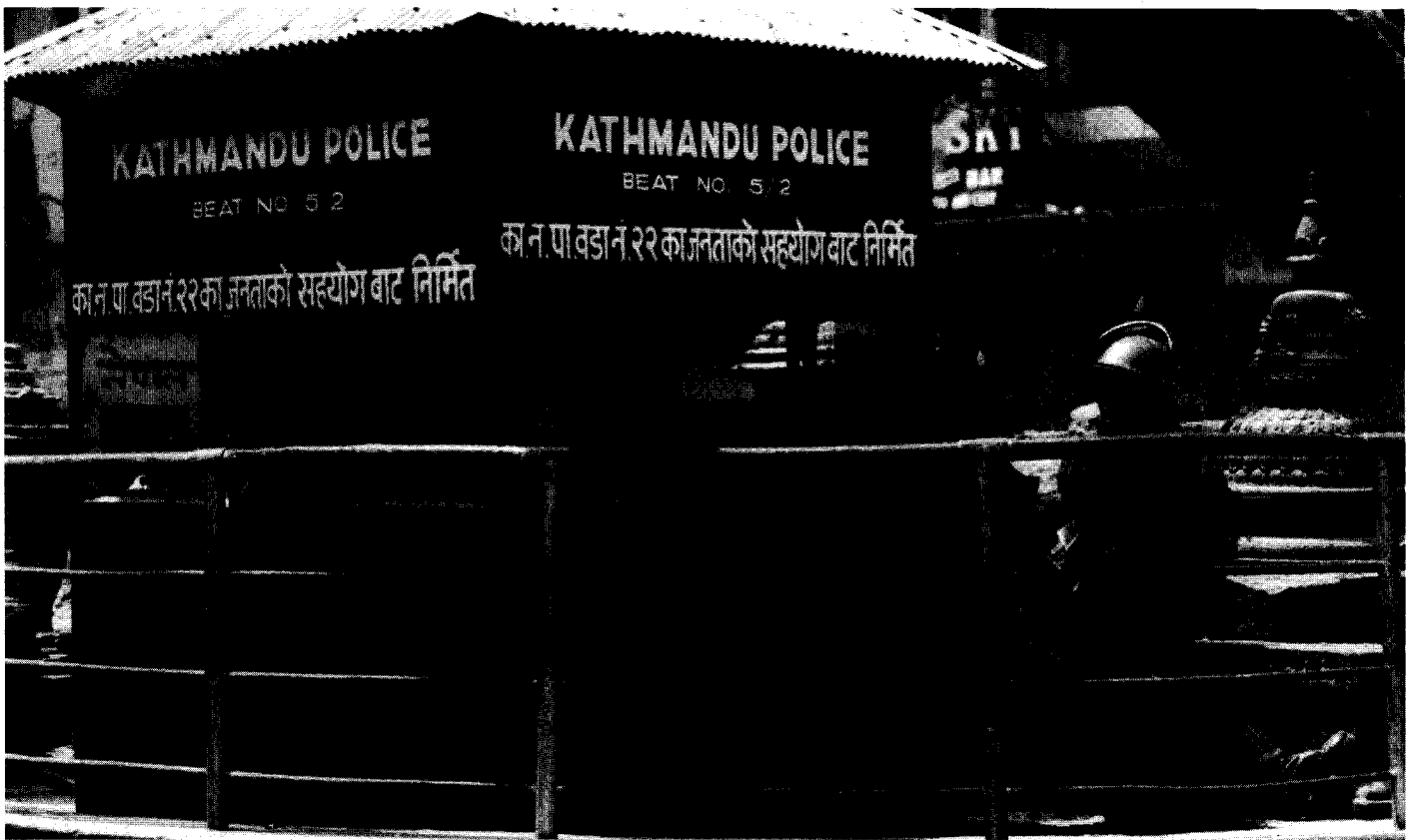
Das Scheitern des Dialogs

Eine ganz entscheidende Konsequenz dieser Lähmung der Regierung war die Verzögerung des Dialogs mit den Maoisten. Viel zu lang waren die Abstände zwischen den drei mit großem Öffentlichkeitswirbel aufgezogenen Verhandlungsrunden. Auch wurden konkrete Ergebnisse nicht deutlich. Dialog hätte bedeuten müssen, daß es zu einem Entgegenkommen beider Seiten kam. Die drei Grundforderungen der Maoisten waren dabei eine schwer verdaubare Kost für die Regierung: Abschaffung der Monarchie, Einführung einer Republik und als Grundlage die Schaffung einer neuen Verfassung durch eine vom Volk gewählte verfassunggebende Versammlung.



Der Gesprächsfaden zwischen Deuba-Regierung und Maoisten-Rebellen ist gerissen (Cartoon aus der nepalesischen Presse)

auf zögerlicher Gleichheit aufbauenden Frauenpolitik waren nur zwei Beispiele. Auch die erneut unverantwortlich große



Nepal im Bürgerkrieg: Kontrollposten in der Hauptstadt (Foto: Archiv)

Die Maoisten hatten in der etwa viermonatigen Verhandlungsphase diverse Zugeständnisse gemacht. So waren sie zumindest vorerst mit dem Fortbestand der Monarchie einverstanden gewesen und verzichteten folglich auf die sofortige Einführung einer Republik. Bestanden hatten sie jedoch bis zuletzt auf allgemeinen Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung, die dann eine neue Verfassung ausarbeiten sollte. Die bestehende Verfassung wurde als undemokratisch kritisiert, weil sie 1990 von selbsternannten Volksvertretern geschaffen wurde. Jene Parteiführer hätten keinen repräsentativen Querschnitt der nepalischen Gesellschaft dargestellt, sie seien nie vom Volk gewählt und somit legitimiert gewesen und sie hätten es nicht einmal für nötig befunden, die von ihnen entworfene Verfassung durch ein Volksreferendum absegnen zu lassen.

Ein Entgegenkommen seitens des Staates gab es in keinem Punkt. Premierminister Deuba mochte vielleicht dazu bereit gewesen sein, aber insbesondere aus dem konservativen Lager und selbst aus seiner eigenen Partei, dem *Nepali Congress*, kam stärkster Widerstand. Gleichzeitig sahen sich die Führer der Maoisten (Pushpa

Kamal Dahal alias Genosse Prachanda und Dr. Baburam Bhattaraj) einem wachsenden Druck jener maoistischen Kräfte ausgesetzt, die mit dem Verlauf des Dialogs nicht einverstanden waren.

Kritik an der Verfassung

Die maoistische Kritik an der Verfassung ist nicht völlig von der Hand zu weisen. Die Verfassung von 1990 mutet angesichts der Kürze der Zeit, in der sie geschaffen wurde, und vor dem Hintergrund der damals kritischen politischen Situation von ihrer Struktur her als demokratisch an. Die Probleme stecken jedoch im Detail und in dem, was die Politiker im Laufe der Jahre daraus gemacht haben.

So verhindern viele Formulierungen der Verfassung eine Gleichheit aller Bürger und eine Beteiligung der gesamten Bevölkerung. Die traditionellen Benachteiligungen der Frauen, der ethnischen Gruppen, der sogenannten unberührbaren Hindu-kasten und der Tarai-Bevölkerung, die allesamt eine Folge der politischen Entstehungsgeschichte des modernen nepalischen Staates sind, werden durch die heute gültige Verfassung nicht beseitigt.

Die Politiker und die machthabenden

Kreise haben in den Jahren seit 1990 erkennen lassen, daß ihnen an einer wirklichen Beseitigung dieser Benachteiligungen auch gar nicht gelegen ist. Ein markantes Beispiel ist Artikel 11 in Verbindung mit Artikel 131. Artikel 11 verbietet eine Ungleichbehandlung der nepalischen Bürger vor dem Gesetz auf der Grundlage von Rasse, Ethnizität, Kaste, Geschlecht und Region; Artikel 131 erklärt alle Gesetze, die diesem Grundsatz widersprechen, ab dem 9. November 1991 für ungültig. Aber selbst mehr als zehn Jahre später scheint es weder Politiker noch Justiz zu interessieren, daß als Konsequenz des Artikels 131 viele Gesetze schlicht und einfach ungültig sind; sie werden weiterhin angewandt, und die wenigen, jahrelang diskutierten Änderungen werden dem Grundsatz des Artikels 11 nicht gerecht.

Hintergründe des maoistischen Aufstands

Die Ursachen für den maoistischen Aufstand liegen in der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Unterentwicklung des Landes. Nepal ist gekennzeichnet von einer sehr großen Armut der Bevölkerungsmassen. Es sind in den vergange-

nen Jahrzehnten und insbesondere seit der Demokratisierung Anfang der 1990er Jahre große Summen ausländischer Entwicklungsgelder ins Land geflossen. Trotzdem hat sich für die Massen nichts Wesentliches geändert. Die Gründe hierfür liegen zum einen in der extremen Korruption und Vetternwirtschaft, die bis in höchste Regierungskreise allgegenwärtig ist. Aber auch das nach wie vor hohe Bevölkerungswachstum und die oft schwierigen topographischen und klimatischen Gegebenheiten spielen eine große Rolle.

Ein weiterer wesentlicher Faktor ist die ungleiche Beteiligung. Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Justiz, Bildungswesen, Medien usw. werden dominiert von überwiegend männlichen Angehörigen hoher Hindukasten (Anteil an der Gesamtbevölkerung einschließlich Frauen knapp 30 Prozent), insbesondere von Brahmanen. Die große Masse der ethnischen Gruppen, der sogenannten unberührbaren Hindukasten (Dalits), der indisch-stämmigen Bevölkerung (Madhesi) des Tarai (Flachland entlang der südlichen Grenze zu Indien) und allgemein der Frauen finden kaum Beteiligung und werden von der Verfassung (geschaffen von ausschließlich männlichen Angehörigen hoher Hindukasten, was als größtmögliche Beteiligung des Volkes ausgelegt wurde) und nachgeordneten Gesetzen diskriminiert.

Die nepalischen Maoisten werden gelenkt von einer Gruppe linker Intellektueller, die sich die Anliegen der verarmten und benachteiligten Massen zu eigen gemacht haben. Entsprechend hoch ist ihr Rückhalt in großen Teilen der Bevölkerung. Durch die erpresserischen Maßnahmen gegen Schulen, Geschäftsleute, Ladenbesitzer usw. sowie die immer brutaler werdenden Attacken gegen Polizei und Militär in den letzten Jahren dürften sich die Maoisten jedoch viele Sympathien verschert haben. Wenn auch heute noch die Menschen selbst in Kathmandu Streikaufrufen der Maoisten Folge leisten, dann

dürfte wohl eher die zunehmende Angst die Ursache sein.

Ende 1995 präsentierten die Maoisten dem Staat einen Katalog mit 40 Forderungen, deren Erfüllung in den meisten Fällen eine selbstverständliche Aufgabe

zielte Tötungen bei bloßer Verdächtigung, Folter und Tötung von Gefangenen sind an der Tagesordnung, wie die besonders zahlreichen Aktionen von *Amnesty International* in den letzten Monaten belegen. Nicht selten melden selbst die seriösen

Medien, daß nach der Erschießung von beispielsweise zehn verdächtigten Maoisten vielleicht eine oder zwei Waffen bei ihnen gefunden wurden.

Hierzu paßt auch, daß es in den ersten Jahren des Konflikts wesentlich mehr Opfer unter den Maoisten als unter den Sicherheitskräften gab. Dies hat sich in den letzten beiden Jahren wegen diverser Großangriffe der Maoisten mehr und mehr ausgeglichen. Ein erneuter Wechsel trat mit der Ausrufung des Ausnahmezustands Ende November vergangenen Jahres ein: seither wurden etwa 1.000 Maoisten und

300 Sicherheitskräfte getötet. Die Zahl der getöteten Zivilisten ist vergleichsweise gering. Auffällig ist allenfalls, daß mehr von ihnen Schüssen der Sicherheitskräfte zum Opfer fielen als maoistischen Anschlägen.

Nepal im Dunstkreis der „Achse des Bösen“

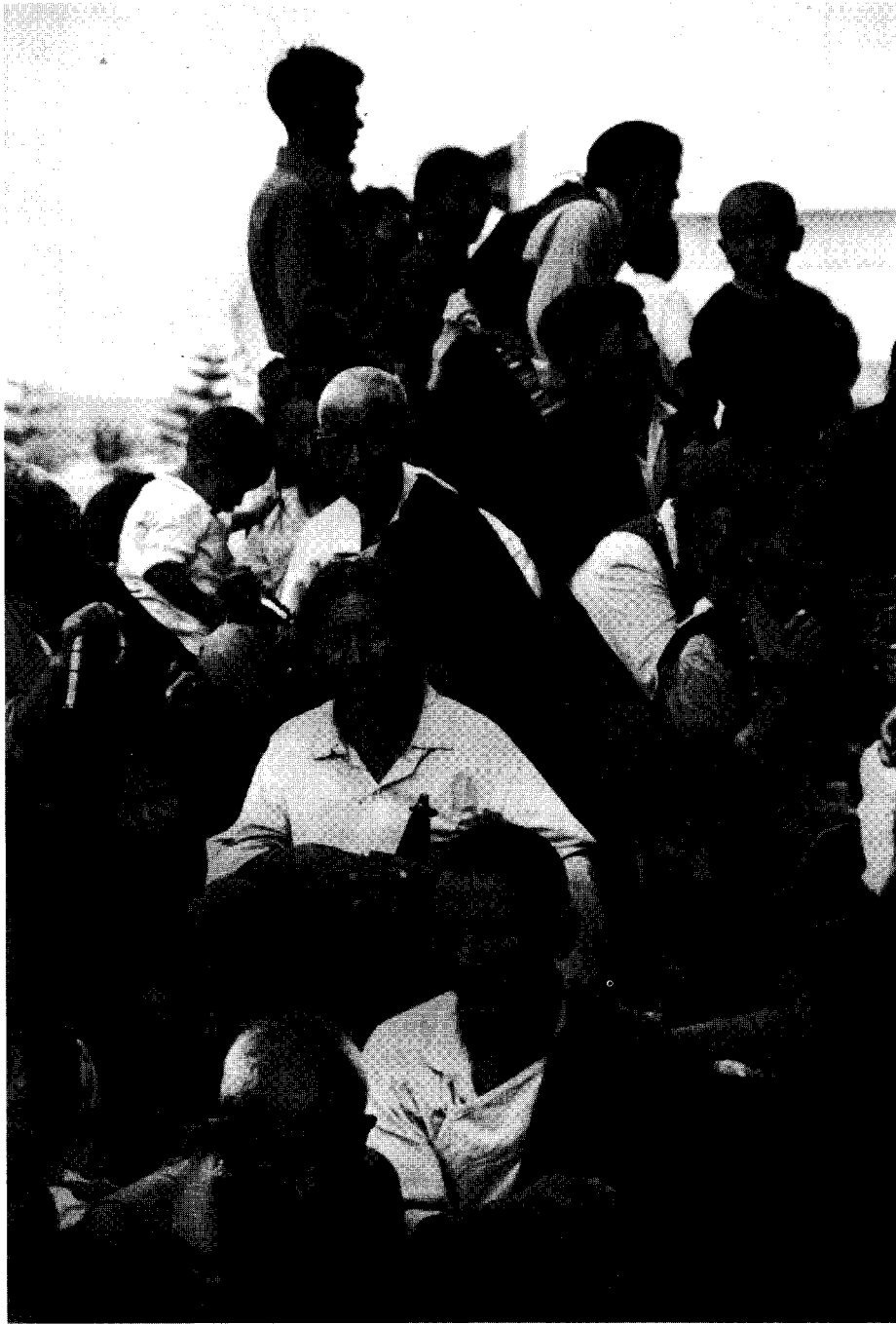
Die Eskalation des maoistischen Konflikts, die Ausrufung des Ausnahmezustands und die Mobilisierung der Armee können nicht losgelöst von der veränderten weltpolitischen Lage nach dem 11. September 2001 betrachtet werden. Zum einen ist die nepalische Regierung auf den amerikanischen Wagen aufgesprungen und hat die Maoisten, mit denen sie noch kurz zuvor am Verhandlungstisch gesessen hat, zu „Terroristen“ erklärt. Im Gegenzug erklärte George Bush Nepal zu einem der kritischen Länder am Rande der von ihm ausgemachten „Achse des Bösen“. In der Folgezeit besuchte mit Colin Powell erstmals ein amerikanischer Außenminister Nepal und bot amerikanische Unterstützung und Beratung bei der Bekämpfung der Terroristen an. Weltweit wollen die Amerikaner 373 Millionen US-



Wendehalspolitiker sind für die Eskalation des Bürgerkrieges mitverantwortlich (Cartoon aus einer nepalesischen Tageszeitung)

des Staates hätte sein sollen, denen die führenden Politiker aber bis heute nicht nachgekommen sind. Nur wenige Forderungen griffen die Grundlagen des Staates an: Abschaffung der Monarchie, Einführung einer Republik, Schaffung einer neuen Verfassung nach allgemeinen Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung. Die damalige Regierung, die übrigens von dem heutigen Premierminister Deuba geleitet wurde, mißachtete diese Forderungen vollends. Daher begannen die Maoisten am 13. Februar 1996 ihren sogenannten Volkskrieg.

In den folgenden sechs Jahren hat es mehr als 3.000 Tote gegeben, davon mindestens 1.300 allein in den letzten drei Monaten. Die Maoisten attackierten in erster Linie Sicherheitskräfte und staatliche Einrichtungen (Polizei- und Militärstationen, Verwaltungsgebäude, Kommunikationseinrichtungen, lokale Energieanlagen, Flughäfen u. ä.) sowie Politiker und Beamte, denen sie ein besonders hohes Maß an Korruption und Machtmißbrauch vorwerfen. Die Vorgehensweise ist dabei äußerst brutal; die Antworten von Polizei und Militär verlaufen allerdings ähnlich brutal. Es gibt kaum Verhaftungen; ge-



Bevölkerung sieht schweren Zeiten entgegen (Foto: Walter Keller)

Dollar für derartige Zwecke zur Verfügung stellen.

Lassen die Amerikaner schon in Afghanistan wenig Verständnis für die dortigen historischen und gesellschaftlichen Strukturen erkennen, so fehlt ihnen im Falle von Nepal offensichtlich jegliche Einsicht in die Ursachen des maoistischen Aufstands. Letzterer ist hausgemacht und hat äußerst wenig mit dem internationalen Terrorismus zu tun, den Amerika vorgibt zu bekämpfen. Er wurde möglich, weil die Massen des Volkes kaum etwas von der

„Demokratisierung“ der frühen 90er Jahre abbekamen, während sich jene Politiker, die jetzt von den Amerikanern unterstützt werden, mit Korruption und Vernetzung bereichert und das Land mit ihren unverantwortlichen Machtkämpfen an den Rand des Abgrunds manövrierten.

Es gibt sicher keinen Zweifel, daß der von den Maoisten eingeschlagene blutige Weg ebenso verabscheuungswürdig ist. Aber die meisten ihrer Forderungen sind nicht nur diskussionsfähig sondern bedür-

fen sogar entsprechender Verhaltensänderungen des Staates. Es mag dahingestellt bleiben, ob Monarchien noch zeitgemäß sind. Angesichts der äußerst kurzlebigen Regierungen ist eine dauerhafte Institution wie die Monarchie in Nepal im Augenblick aber sicherlich einer Republik mit einem Präsidenten vorzuziehen, der ebenfalls alle paar Monate wechselt. Die Monarchie hat durch das Massaker vom 1. Juni 2001 zweifelsohne an Ansehen verloren, und König Gyanendra hat große Probleme, das Vertrauen des Volkes zurückzugewinnen. Solange er sich jedoch an die konstitutionellen Spielregeln hält, stellt er eher einen Rückhalt als eine Gefahr für die Demokratie dar.

Gefahr für Touristen

Bei den ganzen Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und maoistischen Aufständischen ist es bisher nicht zu Anschlägen auf Touristen gekommen. Angesichts der wachsenden Intensität der Auseinandersetzungen in den letzten Monaten, dürfte es aber wohl nur eine Frage der Zeit sein, wann erstmals Touristen in das Kreuzfeuer der Konfliktparteien geraten. Da nutzt es auch reichlich wenig, wenn die Regierung immer wieder die Sicherheit der Touristen garantiert oder jetzt kürzlich sogar Baburam Bhattarai, der Koordinator der maoistischen Schattenregierung, sich in einem offenen Brief direkt an die ausländischen Touristen wandte.

Interessant ist letzterer Brief allenthalben. Viele Menschen leben in Nepal in der einen oder anderen Weise vom Tourismus. Viele dieser Menschen, wie Hotel- und Gaststättenbedienstete, Träger und Führer im Trekkinggewerbe oder aber die Betreiber zahlreichen kleinen Garküchen und Shops entlang der Trekkingrouten, sind völlig abhängig vom Strom der Touristen. Mit deren Ausbleiben haben viele dieser Menschen, die angesichts der maoistischen Parolen und Forderungen zur Hauptklientel der Aufständischen gehören, jede Zukunftsperspektive verloren. Die Aufforderung Baburam Bhattarais an die Touristen, Nepal weiterhin zu besuchen, mag auf zunehmenden Unmut aus den genannten Bevölkerungskreisen zurückzuführen sein.

Dennoch ist Bhattarais Aufruf naiv, wenn er den möglichen Touristen ver-

spricht, im Kernland der Maoisten seien sie willkommen und sicher. Gerade dort machen die Sicherheitskräfte seit Monaten Jagd auf mögliche Terroristen und töten fast jeden Verdächtigen. Und was soll der Appell Baburam Bhattarais, die Hotels und Unternehmungen zu meiden, die im Besitz der Shah- und Rana-Familien sind, weil sie dort mit Anschlägen rechnen müßten? Woher sollen die Touristen denn derartige Kenntnisse erlangen, wem diese Einrichtungen gehören? Und was soll der Aufruf Bhattarais, möglichst nicht Anfang April nach Nepal zu reisen, weil die Maoisten zu einem landesweiten *bandh* aufgerufen haben, wenn doch gerade dann viele Menschen in westlichen Ländern wegen des Osterfestes Urlaub haben und möglicherweise Reisen planen?

Vor diesem Hintergrund wird der Aufruf Baburam Bhattarais zur Farce. Die Tower von Flughäfen, Geldinstitute, Fernmeldeeinrichtungen und Kleinkraftwerke sind seit langem ein beliebtes Ziel maoistischer Attacken. Auch einen Anschlag auf einen Reisebus hat es bereits gegeben; zufällig saßen darin keine Touristen. Die für den Tourismus notwendige Infrastruktur wird so von den Maoisten zielstrebig zerstört. Die Touristenbesuche in diesem Jahr sprechen eine deutliche Sprache. Im Annapurna-Gebiet Mittelnepals beispielsweise, dem beliebtesten Touristengebiet des Landes, sind zu Beginn des Jahres 80 Prozent weniger Besucher registriert worden, als im Jahr zuvor.

Desolate Lage der Menschenrechte

Mit der Ausrufung des Ausnahmezustands Ende November 2001 hat sich die ohnehin mangelhafte Menschenrechtssituation weiter verschlechtert. 1990 hatte man noch hoffnungsvoll von einer Demokratie- und Menschenrechtsbewegung gesprochen, die das parteilose *Panchayat*-System innerhalb weniger Wochen hinwegspülte. Folter, Verschleppung, Verschwindenlassen von Personen, Tötungen im Polizeigewahrsam, willkürliche Inhaftierungen ohne Prozeß, all das, was für das *Panchayat*-System und die kurze Phase der Demokratiebewegung so kennzeichnend gewesen war, sollte es fortan nicht mehr geben.

Doch leider sieht die Realität elf Jahre später eher noch schlimmer aus. Im Ver-

gleich zu dem, was in den letzten Jahren in Sachen Menschenrechtsverstößen in Nepal geschehen ist, glichen die Ereignisse der *Panchayat*-Zeit und Demokratiebewegung eher Lappaliën. Die große Zahl dringlicher Aktionen, die von *Amnesty International* oft im Tagesabstand gestartet werden, sprechen eine deutliche Sprache.

Der Versuch, die Denk- und Verhaltensweisen der Sicherheitskräfte zu verändern, ist mehr oder weniger ein Lippenbekenntnis geblieben. Solange es jedoch noch keine Notstandsverordnung gab, stand im Falle von Verstößen zumindest der unabhängige Rechtsweg offen, eine der wirklich positiven Errungenschaften des modernen Nepal. Doch mit der Ausrufung des Ausnahmezustands gilt dieser Rechtsweg nicht mehr für Fälle, die von den Sicherheitskräften mit dem maoistischen Aufstand und seinem Umfeld in Verbindung gebracht werden.

Die Folge sind zahllose Verhaftungen, nachgewiesene Folter und oft auch Tötung in der Haft und die Auskunftsverweigerung über den Verbleib verhafteter Personen. Auch die gezielte Tötung von Personen, die als Maoisten verdächtigt werden, gehört zur Tagesordnung. Kritik an den staatlichen Maßnahmen, insbesondere aus Kreisen der Presse, werden nicht geduldet. Es grenzt schon an Mut, wenn die unabhängige Tageszeitung *Kathmandu Post* in diesem Zusammenhang immer wieder von „*gunned down by security forces*“ spricht.

Die Pressefreiheit ist nicht mehr gewährleistet. Maoistenfreundliche Zeitungen wie *Janadesh* wurden kurzerhand geschlossen. Journalisten, die sich kritisch mit der Situation im Land auseinandersetzen oder gar Stellungnahmen maoistischer Führer abdrucken, werden nicht selten verhaftet, oft ohne Angabe ihres Verbleibs; ein Rechtsbeistand wird ihnen nicht zubilligt. Bis Ende März 2002 waren bereits mehr als 70 Verhaftungen von Journalisten bekannt. Die von der Verfassung garantierten Rechte auf Information, Presse- und Meinungsfreiheit sind damit aufgehoben.

Doch diese Kritik an den staatlichen Verstößen darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch die Maoisten die Menschenrechte in gravierendster Weise mißachten. In ihrer brutalen Vorgehensweise stehen sie den Sicherheitskräften in nichts

nach. Ähnlich den letzteren machen auch die Maoisten kaum Gefangene. Oft kommt es vor, daß gefangene Polizisten auf geradezu bestialische Weise hingerichtet werden. Inwieweit der immer wieder erhobene Vorwurf der Beschäftigung von Kindersoldaten und des Mißbrauchs von Frauen durch die maoistischen Truppen berechtigt ist, läßt sich angesichts der staatlichen Informationsbeschränkungen kaum überprüfen. Fest steht jedoch, daß die Maoisten mit ihren zahlreichen Anschlägen in großen Umfang das Eigentum des nepalischen Volkes zerstören.

Perspektiven

Unabhängig wie dieser Konflikt ausgeht, die Verlierer werden immer die verarmten Volksmassen sein. Es ist nämlich fraglich, ob die Maoisten tatsächlich eine Änderung herbeiführen würden, wenn sie an der Macht beteiligt wären. Mit ihren Anschlägen auf staatliche Einrichtungen, mit der sinnlosen Zerstörung öffentlichen Eigentums und mit der brutalen Tötung und Einschüchterung unschuldiger Menschen outen sie sich als Terroristen. Es ist wahr, daß die Politiker mit ihrer Korruption und Vetternwirtschaft die Entwicklung des Landes auf kriminelle Weise verhindern, aber das Vorgehen der Maoisten wirft eine solche Entwicklung in gleicher Weise zurück.

Die Armee mag im Augenblick den Maoisten überlegen sein, wenn man den zensierten Berichten des Staates Glauben schenken kann. Frieden ist aber mit Gewalt nicht zu schaffen, auch wenn westliche Mächte uns das zur Zeit mit ihrer Weltpolitik glaubhaft machen wollen. Frieden und Entwicklung sind in Nepal nur möglich, wenn der Korruption ein Ende bereitet wird, wenn gravierende Veränderungen, einschließlich gesetzlicher und konstitutioneller Reformen, herbeigeführt werden und wenn alle Menschen eine Chance erhalten, an dieser Entwicklung beteiligt zu sein.

► **Internet-Infotip:** Presse-Links unter http://nepalresearch.com/politics/maoists.htm#press_articles bzw. unter <http://www.newslookmag.com/exclusives/emergency2001.html>.